

HUch!

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
COLLECTED HIGHLIGHTS
NO. 51 JUNI 2007

DISZIPLIN!

Die Studierbarkeitsumfrage hat den desolaten Zustand der Lehre gezeigt. Und jetzt? Was erwartest du denn von der Uni? Sei brav und geh arbeiten! Ab auf die **Seiten 3 und 4**

DISZIPLIN!

Die Logik der „Exzellenzinitiative“ heißt Selbstdisziplinierung der Universitäten. Der Wille zur Elite stirbt auf den **Seiten 5 und 6**

DISZIPLIN!

Abschiebungen sind ein Versuch des Staates Kontrolle vorzugaukeln. Dass er diese nicht hat und sich auf Reagieren beschränken muss, zeigen die **Seiten 7 und 8**

Foto: Landiz auf flickr.com



**THE KIDS ARE
ALRIGHT**

editorial

Dieser tage sind alle auf den beinen, um für ihre politischen Standpunkte einzustehen. Wird sich auch was bewegen? Wo werden wir die Zeitung verteilen? Warum trifft sich trotzdem kein „G“ mit ner „8“ in dieser Ausgabe? Wie wählen wir unsere Themen aus? Wie ergibt sich, was schlussendlich bei uns geschrieben steht? Was sagen wir damit über uns aus? Während der letzten 3 Tage vor dem Drucktermin verschwimmen unsere Gehirne so sehr mit den Texten zu einem einzigen Film, dass wir erst ein paar Tage später, wenn das tausendfach bedruckte Papier aus der Druckerei in den RefRat geliefert wird, wieder einen Unterschied zwischen Text und eigenem Kopf wahrzunehmen in der Lage sind. Deshalb freuen wir uns so, wenn uns unsere wohlwollend kritischen LektorInnen besuchen kommen. So entsteht aus hunderten kleinen Diskussionen und Entscheidungen eine 16-seitige Gesamtaussage von vielen Menschen, die sich durch die Zeitung zieht, und vielleicht eine Art „H16“ ergibt: Besprechungen bei Mate-Brause, Schokolade und frischem Brot. Frohes Lesen wünscht EURE HUCh!

inhalt

- 3 Frühjahrsputz
Zum Vertrauensschutz an der HU**
- 4 Der steinige Weg...
Zur Studierbarkeitsumfrage**
- 6 Schneller, höher, weiter!
Zur Exzellenzinitiative**
- 8 Signale der Abschreckung
Zur deutschen Abschiebepaxis**
- 10 Studi-Revolt in Griechenland
Aufstieg gegen Bildungsreform**
- 12 Plug in or Cut it out!
1 Pro, 1 Kontra, 2 Themen...**
- 14 Streik als Lektion
Buchrezension zu Gate Gourmet**
- 15 Superwahljahr 2007
Zu den Wahlen zum TU StuPa**

Kurzmeldungen

„A.W.Amo Books“ initiative opened its doors

A.W.Amo Books – is an archive and library taking its name from Anton Wilhelm Amo, the Nzema philosopher (Ghana), who studied and taught Human Rights in Germany in the eighteenth century. A.W.Amo Books is a volunteer study initiative networking with activists, academics, the curious and the critics. We offer a wide range of publications from Africa and on Africa related topics. Among other things you will find „hard-to-get“ books, books of black authors, biographies, films, current journals as well as documents on political movements and struggles of diaspora Africans. There is literature available in African and colonial languages as well as other languages. We provide computers with internet access and the possibility to share personal experiences. The understanding of Africa here and there is on one hand ruled by those considering themselves Europeans today. The European notion of Africa has ignored „(...) African centuries of excellence millennia before Europeans emerged from their caves...“ as Theresa Warner puts out in the current issue of the *New African* (May 2007 International edition). Even the meaning of the notion „black“ is prescribed by Europeans. By revealing the history of oppression and exploitation as well as the history of african resistance we contribute to make way for a self-determined African history writing – and making. Our collective looks into the life and works of Anton Wilhelm Amo, who was brought here as a young boy in the belly of a slave ship. As a young student he taught Human Rights and other subjects at several German universities. In 1730 Amo went to Wittenberg University and in the same year gained a degree as Doctor of Philosophy. Currently we are working on the coordination and catalogisation of the many book contributions we thankfully receive. We are about to link up with other publishers in Germany and far beyond to collect know-how and initiate own and new publishings. By this we facilitate decolonisation in writings. On our agenda there is also the fight against racist oppression we and many others experience daily. We are collaborating with friends who are denied their basic rights by the German foreigners policy.

Open visits: Tuesday 2 to 5:30pm.
Library meetings for Africans: Thursday 3 to 6pm.

Address:
A.W.Amo Books
Sitz: Monbijou str 3, 10117 Berlin
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin

Tel/fax: (local) 030 2093 1743 (Int) 0049 30 2093 1743
Email: completerights@yahoo.com

Send any material contributions to our address.
Contact our email for bank account to make any donations.

Urabstimmung zum Semesterticket

Wie zu erwarten war, beugt sich die Studierendenschaft mit einem eindeutigen Urabstimmungsergebnis dem Finanzdiktat der BVG und wird weiterhin über Umwege Berlins Finanzlöcher stopfen helfen. (siehe HUCh! Sonderausgabe „Semtix 3.0“) Bei einer Wahlbeteiligung von 17,2% stimmten 92,1% für das überbeuerte Angebot des VBB, 7,9% dagegen (vorläufiges Endergebnis). Nun gibt es das Semtix bis 2011 – dann für 168 Euro. Für den Fall, dass dazu noch weitere Studiengebühren eingeführt werden, existiert eine Sonderkündigungs Klausel.

Frühjahrsputz

Bis zu 10.000 Studierende der alten Studiengänge könnten in den nächsten Jahren zwangsexmatrikuliert werden. Die HU spricht von Einzelfällen. von K.Oz



Plötzlich ausgelauener Vertrauensschutz – hier beim Autofahren

Es entsteht der Eindruck, man befindet sich auf einem Bahnhof, so zugig ist es an der HU geworden. Grund dafür ist vor allem der frische Wind, den die zu Anfang des Jahres in Kraft getretene Allgemeine Satzung für Studien- und Prüfungsangelegenheiten, kurz ASSP in den Universitätsbetrieb hereingebracht hat. In ihr versteckt sich unter dem eigentlich für die Rückmeldung zuständigen § 7 ein Zusatz, welcher es der HU erlaubt Studierende gerade nicht rückzumelden. Dies soll dann der Fall sein, wenn der Vertrauensschutz im immatrikulierten Studiengang ausgelaufen ist und deshalb kein weiteres Lehrangebot mehr bereit gestellt wird.

Da die Dauer des Vertrauensschutzes nirgendwo geregelt ist, hat ihn das Präsidium der HU willkürlich sehr kurz angesetzt und auf zwei Semester begrenzt. Das heißt nichts weiter, als dass Studierende, welche in auslaufende Studiengänge (alle Magister, 95% der Diplomstudierenden, aber auch einige BA und MA-Studierende) eingeschrieben sind, spätestens 11 (Fach-)Semester nach der letzten Immatrikulation, entweder den Studiengang wechseln müssen oder exmatrikuliert werden. Für viele Betroffene ist das zu kurz, um einen sinnvollen Abschluss ihres gewählten Studiums zu erreichen. Dies hat nicht zuletzt die an der HU durchgeführte Studierbarkeitsumfrage gezeigt¹. Darin gehen nur 27%(!) der Befragten davon aus, dass sie den Abschluss innerhalb der vom Präsidium gesetzten Frist erreichen.

Ein Wechsel, sofern überhaupt möglich, ist dabei nicht selten mit erheblichen Nachteilen verbunden. Einige der Studienleistungen sind nicht mit den neuen BA-Abschlüssen kompatibel bzw. setzen großes Fingerspitzengefühl der Prüfungsämter und -ausschüsse voraus, welches gerade dort eher selten vorhanden ist. Außerdem fehlen den alten Studiengängen die Modulabschlussprüfungen, so dass sich so manch EineR trotz fast abgeschlossenem Magister- oder Diplomstudiums plötzlich im 3. oder 4. Fachsemester eines entsprechenden BA-Studienganges wiederfindet. Ein direkter Wechsel in den Master ist nicht möglich, da er einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss verlangt. Ganz dunkel sieht es hingegen für Studiengänge aus, für die es keinen äquivalenten BA gibt, wie z.B. bei der Interkulturellen Fachkommunikation oder der Ur- und Frühge-

schichte. In beiden Studiengängen soll das Lehrangebot schon zum SS 2009 enden. Hier ergeben sich keine sinnvollen Wechselmöglichkeiten, um das ursprüngliche Studienziel doch noch zu erreichen bzw. die bisher erbrachten Studienleistungen anrechnen zu lassen.

Für die HU hat sich das Problem mit eben jener Regelung in der ASSP erledigt. Sie geht davon aus, dass die meisten Studierenden ihren Abschluss rechtzeitig schaffen werden. Ein Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative wird dabei bestritten. Klar ist aber, dass sich hier die seit der Wiedervereinigung 1990 einmalige Möglichkeit bietet, den ganzen alten Studierendenballast abzuwerfen, der entweder zu langsam studiert (hat) oder nur noch des Status wegen eingeschrieben ist. Bisher war es nur über Umwege möglich, diesen beiden Gruppen ihren „SchmarotzerInnen“ status zu entziehen. Sei es, dass sie sich die stetig steigenden Rückmeldegebühren, zusammengesetzt aus Studentenerwerbsbeitrag [sic!], Verwaltungsgebühr, Semesterticket usw. nicht mehr leisten konnten, oder dass jemand der verpflichtenden Zwangsberatung fernblieb.

Um diese einmalige Möglichkeit nicht verstreichen zu lassen, will die HU keine Ausnahmen zulassen, obwohl viele der Fächer ohne Probleme weiterstudiert werden könnten, da es einen ähnlichen BA-Studiengang gibt. Es bestünde die Möglichkeit, im alten Studiengang weiter eingeschrieben zu bleiben und die meist gleichen Veranstaltungen des BA/MA zu besuchen, so wie es jetzt schon praktiziert wird. Die zusätzlichen Kosten hierfür dürften gegen Null tendieren.

Um die Nachhaltigkeit des Großreinemachens zu gewährleisten, wurde im Zuge der Neuauflage der ASSP die Zwangsberatung ebenfalls verschärft, so dass es jetzt ein probates Mittel gibt, auch keine neuen sogenannten Langzeit- oder Statusstudierenden anzuhäufen³. Im berlininternen Wettstreit der Universitäten (hier droht eine Zusammenlegung mit der FU) und im Exzellenzwettbewerb hat die HU jetzt die Nase vorn, da die Vertrauensschutzexmatrikulierten nicht als StudienabbrecherInnen gewertet werden. Bravo!

Fragen zum Thema? Dann an den Refrat wenden unter: lust@refrat.hu-berlin.de

¹ <http://www.studierbarkeit.de> und Seite 4

² Studierbarkeit an der HUB; S. 199

³ siehe dazu Huch Nr. 49, S. 7

Der steinige Weg in eine fragwürdige Richtung

Eine Umfrage untersuchte im vergangenen Jahr die „Studierbarkeit“ von Studiengängen an der HU und offenbart wie erwartet schlechte Studienbedingungen. Für die Universität läuft fast alles nach Plan.

VON TOBIAS BECKER

Seit Jahrzehnten fordern Studierende vergeblich die Viertelparität¹ in der Besetzung der universitätsinternen Gremien. Dies würde ein Mindestmaß an Mitgestaltung ermöglichen. Bislang sind Studierende in Entscheidungen an der Uni nur pro forma eingebunden. Einige machen sich trotzdem die Mühe, in Gremien wie der Lehre- und Studiumskommission (LSK) oder dem Akademischen Senat (AS) ihre Sicht zumindest vorzutragen und ab und an Einfluss auf Detailfragen zu nehmen. Die wenigen zugestandenen Sitze in den Gremien werden von den Studierendenvertreter_innen wahrgenommen, ihre Rolle ist hierbei die Legitimation der Entscheidungen durch physische Anwesenheit. Verlassen sie diese Rolle und fordern etwa in der LSK Rücksicht auf die soziale Realität der Studierenden, wird ihnen schon mal „linke Klientelpolitik“ vorgeworfen. Oft gestaltet es sich schwierig, überhaupt auf Probleme hin zu weisen. Egal, ob es sich um Diskriminierung an der Uni, die Nichtstudierbarkeit von Studiengängen oder das Auslaufen des Vertrauensschutzes² handelt, konstruktive Lösungsansätze werden meist schlicht mit dem Verweis darauf abgetan, es handle sich um bedauerliche Einzelfälle.

Vor diesem Hintergrund initiierten Menschen aus der Gremienliste „Offene Linke“ im vergangenen Jahr eine Umfrage unter Studierenden, die 2102 Datensätze erbrachte. Sowohl deren Zusammensetzung als auch der Abgleich mit Erhebungen des „Studentenwerks“ legen nahe, dass die Zahlen als repräsentativ für die Studierendenschaft der HU angenommen werden können. Mit der Auswertung dieser Datensätze war eine Projektgruppe über ein Jahr lang beschäftigt. Nun haben sie schwarz auf weiß, was sie zwar vorher schon wussten, die anderen Gremienmitglieder aber vorgaben nicht zu sehen: die „Einzelfälle“ sind strukturelle Probleme.

Das Studium funktioniert nicht

Die Umfrage trägt den Titel „Studierbarkeit“³ und fragt nach, wie die Studierenden mit den Studienbedingungen an der HU zurecht kommen. Als Ergebnis stellt sich erwartungsgemäß heraus, dass viele Studiengänge kaum „studierbar“ sind und dass sich die Situation mit Einführung der neuen Studiengängen BA und MA weiter verschlechtert hat.

Als besonders gravierend erweist sich die Umdeutung der Regelstudienzeit. Aus einem Idealwert wurde eine Vorschrift. Das bedeutet de facto, dass bei Verzögerung des Studiums, verschuldet oder unverschuldet, die Exmatrikulation folgt. Eine individuell angepasste Studiendauer ist damit nicht mehr möglich.

Gründe für die Überschreitung der Regelstudienzeit befördert die Umfrage zur genüge ans Licht. 70% der Befragten gaben an, mit Teilnahmebeschränkungen in Seminaren konfrontiert zu sein, ganze 90% haben Probleme mit zeitlichen Überschneidungen von Veranstaltungen. Führt mensch sich vor Augen, dass ein Teil dieser Veranstaltungen Pflichtseminare sind, die zum Teil nur einmal im Jahr angeboten werden, werden die zwangsläufigen Auswirkungen auf die Regelstudienzeit schnell klar. Bemerkenswert ist, dass „Kombinierbarkeitsprobleme“ entgegen der vorgeblichen Zielsetzung in den neuen Studiengängen noch häufiger auftreten als in den alten.

Viele der Probleme sind bereits in der Konzeption der einzelnen Studiengänge selbst angelegt. Der Arbeitsaufwand ist mit Spitzenwerten von über 40 Semester-

wochenstunden immens hoch und kaum zu leisten. Repressive Maßnahmen wie Anwesenheitskontrollen und „aktive Teilnahme“⁴ werden immer mehr zur

Regel und machen den Uni-Alltag extrem unflexibel. 73% der Befragten haben einen Arbeitsaufwand von mindestens 38 Stunden pro Woche (inkl. Vor- und Nachbereitung). Dies ist eine Vollzeitbeschäftigung für eineN gesundeN und voll finanzierteN Ideal-StudentIn.

Doch die Umfrage belegt: Studierende sind Menschen. Menschen die so etwas wie ein Leben und oft auch Probleme haben. Zwei Drittel der Studierenden gehen einer Erwerbsarbeit nach, je acht Prozent sind chronisch krank, haben Kinder oder pflegen Angehörige. Es ergeben sich also für die große Mehrzahl (!) der Studierenden außeruniversitäre Belastungen, die mit dem Studium in Einklang gebracht werden müssen – je unflexibler der Studiengang, desto unmöglicher wird eine Vereinbarkeit.

Dies zeigt auch die Einschätzung der Studierenden in der Umfrage selbst: Viele gehen davon aus, die Regelstudienzeit nicht einhalten zu können (Je höher die Fachsemesterzahl der Befragten, desto höher ist die Quote). In den alten Studiengängen gaben 31% der Studierenden an, die Regelstudienzeit „auf gar keinen Fall“ oder „eher nicht“ einhalten zu können. In vielen Fällen führt das bei den Befragten zu Zukunftsängsten. Besonders erschreckend sind diesbezüglich die Aussagen zum Thema Masterzugang. Viele belegen eindrucksvoll die psychischen Belastungen, denen die Studierenden durch Konkurrenzdruck, Zukunftsangst und Arbeitsbelastung ausgesetzt sind⁵.

Die wenigen Hilfs- und Beratungsangebote sind kaum oder gar nicht bekannt. Selbst die universitätseigenen Beratungen werden selten in Anspruch genommen. Wenn überhaupt, holen sich die Befragten Rat bei anderen Stu-

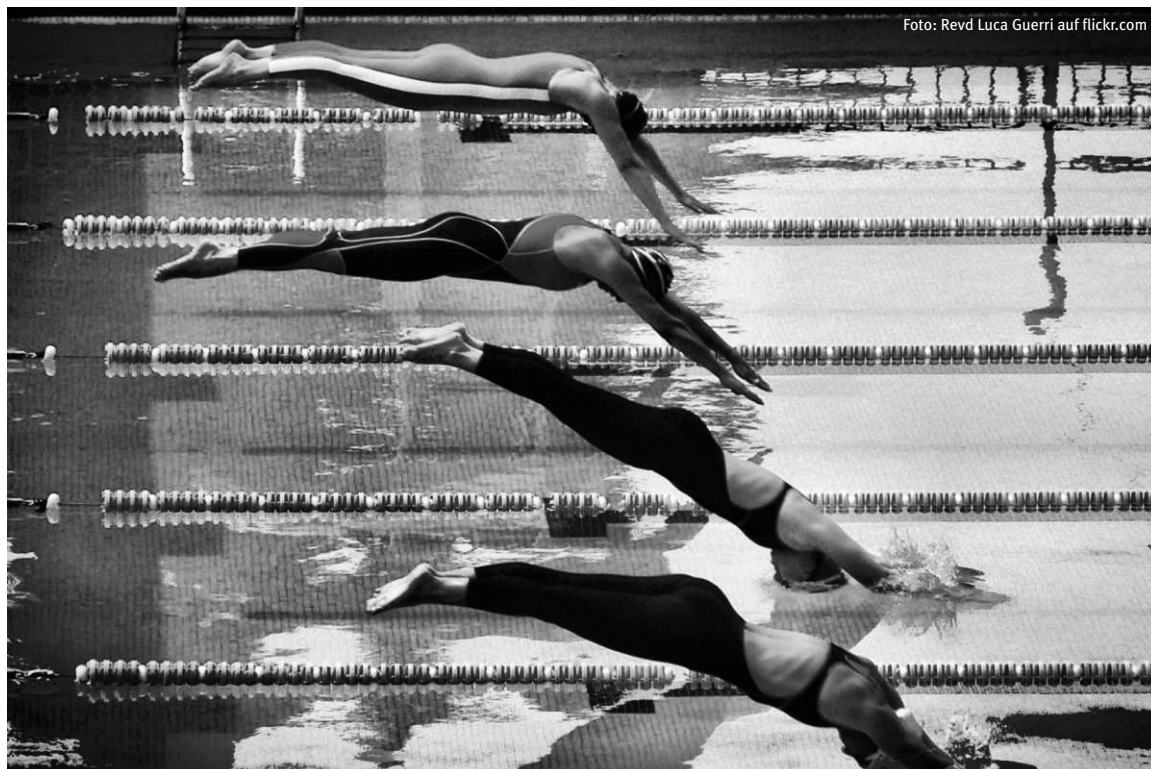
¹ Universitäre Gremien sollen zu gleichen Teilen von den vier Statusgruppen besetzt werden: Studierende, Professor_innen, wissenschaftliche Mitarbeiter_innen und technisch-administrative Mitarbeiter_innen. Zur Zeit sind alle Gremien mit einer absoluten Mehrheit der Professor_innen besetzt, mit Ausnahme der LSK, die qua Gesetz mit 50% Studierenden besetzt sein muss. Allerdings ist sie nur eine Unterkommission des AS, der wie üblich besetzt ist.

² Siehe Artikel „Frühjahrsputz“ auf Seite 3

³ Begriff aus der Kultusminister_innen Konferenz: der Rahmen der Bedingungen um ein Studium in Regelstudienzeit abschließen zu können

⁴ Das Überprüfen der Vor- und Nachbereitungszeit für Seminare durch kleinere Aufgaben, die Voraussetzung für die Prüfungsteilnahme sind

⁵ In der Umfrage sind die Angaben aus den Freitextfeldern ausführlich dokumentiert



Wir fordern Schwimmbarkeit. Worin und wohin ist egal.

dierenden, den Organen der Verfassten Studierendenschaft oder dem studentischen Sozialberatungssystem.

Das Studium funktioniert

Wie zu erwarten war zeigt die Umfrage deutlich, dass das Angebot der Universität nicht an den Studierenden ausgerichtet ist. Dementsprechend lang ist der Forderungskatalog der Projektgruppe: Weniger „workload“, mehr Flexibilität, an den realen Problemen der Studierenden orientierte Planung der Studiengänge. Das Präsidium gibt sich interessiert und signalisiert Gesprächs- und Handlungsbereitschaft.

Jetzt wird alles gut? Mitnichten. Schon an einem sehr grundsätzlichen Punkt werden die an den kommenden Gesprächen Beteiligten aneinander vorbei reden: Während die einen eine Ausrichtung der Universität auf den Menschen fordern, nicht zuletzt um selbstbestimmte Forschung und Lehre zu ermöglichen, ist für die anderen (hier vertreten vom Präsidium) längst klar, dass die Universität ein Industriezweig ist bzw. wird, der akademische Arbeitskräfte ausbildet und wirtschaftlich verwertbare Forschung betreibt. Insofern steht die Ausrichtung der Studiengänge auf die Lebenssituation der Studierenden gar nicht zur Debatte. Was verhandelt wird, ist lediglich, wie den Studierenden dabei geholfen wird, sich den eingerichteten Verhältnissen anzupassen oder inwiefern die für das Individuum entstehenden Probleme auf ebendieses abgewälzt werden (wie es auf dem Arbeitsmarkt geschieht). An dieser Stelle, sowie bei der Behebung von „Kinderkrankheiten“ der neuen Studiengänge werden die Vorschläge der Projektgruppe bestimmt gern mit einbezogen. Mehr aber auch nicht. BA/MA werden wohl kaum in ihrer Grundausrichtung

überdacht werden. Denn sie sind gut konzipiert. Die repressiven, verschulden Elemente sind keine zu korrigierenden Startschwierigkeiten der neuen Studiengänge, sondern ihr Sinn und Zweck: Zur Disziplinierung für den Arbeitsmarkt von heute und morgen sind BA und MA viel effektiver als die alten Studiengänge. Deren Gestaltung folgte aus der ökonomischen Notwendigkeit der Hebung des Bildungsniveaus und daraus, dass in der Systemkonkurrenz zur DDR und im kalten Krieg bewiesen werden musste, dass in der BRD freie und demokratische Wissenschaft möglich war. Nach 1990 wurde dies obsolet. Darüber hinaus verlangen die Verhältnisse seitdem nach Flexibilität und Disziplinierung der Auszubildenden, sowie nach deren schneller Zuführung zum Arbeitsmarkt. Was wir also erleben, ist die Anpassung der Produktion (der Arbeitskräfte) an die Nachfrage.

Gewerkschaft auf Zeit?

Die Arbeitskräfte in Ausbildung fügen sich dieser Entwicklung. Kritische Stimmen gegen den Umgestaltungsprozeß wurden und werden lediglich von Minderheiten der Studierenden geäußert, durchsetzungsfähige Gegenwehr gibt es kaum. Die Kämpfe, die innerhalb der Universität geführt werden, also beispielsweise der für Studierbarkeit, bleiben beschränkt auf die Unterstützung der Studierenden bei der Einordnung in vorgefundene Rahmenbedingungen. Und selbst für diese Auseinandersetzungen werden sich perspektivisch kaum noch Interessent_innen finden. Dann nämlich, wenn ausschließlich materiell und ideell „richtig“ vorkonditionierte Hochschüler_innen an der Universität sind, die für sozialpolitisches Engagement und kritisches Hinterfragen weder Zeit noch Bewusstsein haben.

Schneller, höher, weiter!

Neben der Studienreform ist auch die Exzellenzinitiative Teil eines, trotz seines formalen Eklektizismus, inhaltlich erstaunlich konsistenten Umgestaltungsprozesses der Hochschulen, dem mit punktueller Kritik kaum begegnet werden kann. VON DANIEL KRETSCHMAR

Die Verlautbarung aus den hochoffiziellen Sparkommissariaten sind korrekt: die Hochschulen sind tatsächlich ein Fass ohne Boden, da gibt es nichts dran zu rütteln. Riesige Geldmengen werden in kaum überschaubare Bildungs- und Forschungskomplexe geschaufelt, nur die Lottoquoten sind noch schlechter, was das return of investment angeht. Kann eine utilitaristisch genormte Gesellschaft sich leisten, Milliarden in den Elfenbeinturm zu investieren, ohne irgendwelche Erfolgsgarantien oder wenigstens die Sicherheit buchhalterisch korrekter Mittelverwendung? Wohl kaum. Interessanterweise hat das bis Mitte der 90er Jahre niemanden (lies: keine gesellschaftlich relevante Gruppe) so recht gestört¹, seitdem aber geht es (scheinbar) so richtig zur Sache.

¹ für mögliche Gründe siehe „der steinige Weg...“ auf Seite 5

Ur- und Frühgeschichte

Im Nachgang der sogenannten 68er-Bewegung, die in schöner zeitlicher Koinzidenz zur Feststellung der „Bildungskatastrophe“, dem massiven Fachkräftemangel für den inländischen Arbeitsmarkt, verbunden mit altertümlichen Lehr- und Lernmethoden, stattfand, wurde an den Hochschulen gegen die Widerstände des bis dahin bestimmenden konservativen bildungspolitischen Konsens' eine Reform in Angriff genommen, die zwei große Interessengruppen für rund 20 Jahre aneinander binden sollte, die sich heute wieder spinnefeind sind. Andreas Keller, ein längst im Brummkreis des parlamentarischen Tagesgeschäfts versunkener Marburger Soziologe, führte hierfür die Unterscheidung zwischen Modernisierungs- und Reformfraktion ein. Kurz gefasst: Waren erstere pragmatisch orientierte Retter des Standortes, gerierte sich die zweite Gruppe als Bildungsidealisten mit hehrem Menschenbild und progressivem gesellschaftlichen Anspruch. Gemein war beiden der Wunsch, die verknöcherte Hochschulstruktur aufbrechen zu wollen. Mit welchem konkreten Ziel, darüber sollte sich im Prozess der Modernisierung/Reform geeinigt werden. Resultate waren die Abschaffung der Hörgelder (das sind: Studiengebühren) bis 1970 und die Öffnung der Hochschulen 1977 (weitestgehende Abschaffung des NC, Stichwort Massenuniversität), das BAFÖG, und die Änderung der feudalen Hochschulselbstverwaltung hin zur Gruppenhochschule. Der Bildungsschub tat der deutschen Wirtschaft gut, die ModernisiererInnen hatten ihren Grund zur Freude, aber auch die Reformfraktion ging nicht ohne Bonus nach Hause, war die inzestuöse Elitenreproduktion doch gebrochen, der Anteil Studierender aus „sozial benachteiligten Schichten“ nahm langsam, aber stetig zu.

Neuzeitliche Beschleunigung und Zerkleinerung

Nun ist es nicht so, dass die Konservativen zwischen den 70ern und 90ern gänzlich marginalisiert jeglichen

Einfluss verloren hätten. Professorale Selbstherrlichkeit ist nur ein Symptom des strukturellen und inhaltlichen Beharrungsvermögens über Jahrhunderte gewachsener Zusammenhänge. Man hielt sich zurück und wartete geduldig auf eine günstige Gelegenheit, zurückzuschlagen und voilà, die Hochschulreformdebatte seit der Jahrtausendwende brachte die Belohnung mit dem Bruch der Zweckgemeinschaft zwischen Modernisierungs- und Reformfraktion. Die ReformierInnen verließen sich auf die Kraft der Selbstverwaltungsorgane, eine weitere Demokratisierung der Hochschulen, und damit auch der Gesellschaft herbeiführen zu können, unterschätzten dabei jedoch die von konservativer und Modernisierungsfraktion kräftig geförderten Tendenz ebenjener Organe zur Selbstauflösung. Und so gibt es heute eine Reformfraktion, die vornehmlich aus Studierenden besteht und sich damit konfrontiert sieht, dass ihre wenigen Verbündeten in der formal stärksten Gruppe – den ProfessorInnen – wegen baldiger Emeritierung eine kürzere noch zu erwartende Verweildauer an den Hochschulen haben als sie selbst.

Modernisierter Feudalismus

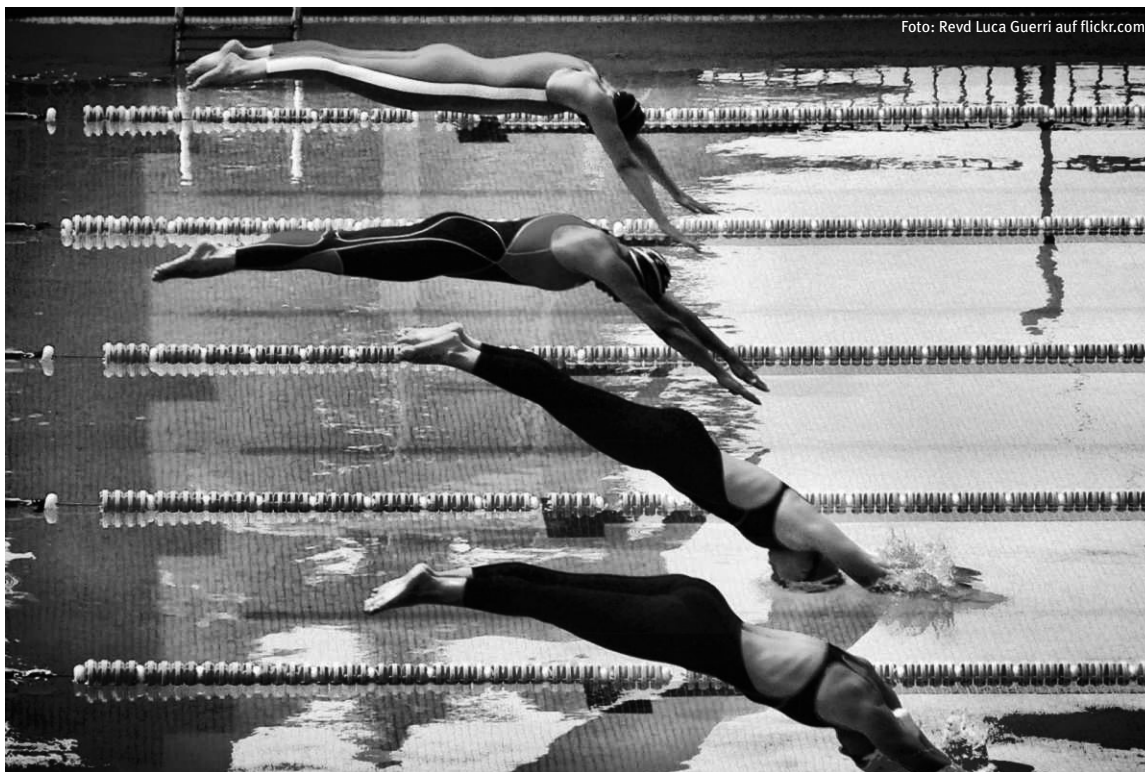
Was also derzeit an den Hochschulen passiert, ist keine offene Debatte zwischen allen Betroffenen, sondern ein insgesamt eher informeller Aushandlungsprozess zwischen den beiden starken Fraktionen: Modernisierung und Konservatismus. Ausgeschlossen von der direkten Einflussnahme bei Entscheidungen sind dabei vor allem die Studierenden und der gesamte Mittelbau, der im Zweifelsfall über prekäre Arbeitsbedingungen disziplinierbar ist. Die Gemeinsamkeiten zwischen konservativer und Modernisierungsfraktion drängen sich vor allem in Organisationsfragen auf: die Ähnlichkeit zwischen modernen Managementstrukturen und feudalen Steuerungsinstrumenten, Studierende als Kundschaft und störende Anhängsel, deren einzige Daseinsberechtigung die Schaffung eines Personal-Pools ist, aus dem die Geeignetsten in elitäre Forschungsinstitute kooptiert werden können. Ebenfalls auffällig ist das gemeinsame Autonomiekonzept, dass staatliche Einflussnahme vor allem aus antipolitischen Ressentiments zurückdrängen will: Nur keine gesellschaftlichen Debatten um Inhalte und Formen wissenschaftlicher Arbeit zulassen, der Sachzwang und autokratische Definitionsmacht bestimmen den Lauf der Dinge. Wir ersparen uns hier den Verweis auf gesamtgesellschaftlich parallel verlaufende Entwicklungen.

Hochschulpolitik als Castingshow

Bei Betrachtung der Exzellenzinitiative nun ist die Frage, welche Hochschulen wie viel Geld für welche Projekte zugewiesen bekommen, zwar nicht vernachlässigens-

Leseempfehlungen:

- Zu Hochschul- und Bewegungsgeschichte: Andreas Keller: „Hochschulreform und Hochschulrevolte“, BdWi-Verlag, 2000
- Zum Kleingedruckten der Exzellenzinitiative: „Wer ist hier exzellent?“ auf www.hu-berlin.blogspot.com
- Zum aktuellen Stand der Exzellenzinitiative, Protesten etc.: www.gegen-groessenwahn.de



Wer gewinnt, ist egal. Hauptsache alle springen rein.

wert, aber zweitrangig. Entscheidend ist die eingeführte Kultur des Zwangswettbewerbes, des Ausschlusses demokratischen oder auch nur irgendwie rational nachvollziehbaren Zugriffs auf die Milliardengräber Hochschulen, ob von außen, oder durch ihre Mitglieder. Der Wissenschaftsbetrieb wird so etwas wie die Vorrunde von „Deutschland sucht den Superstar“. Eine außerordentlich fragwürdige Jury wählt aus lauter idiotischen KandidatInnen die vermeintlich besten fürs Elitebootcamp aus, wo sie auf die höchstmögliche kommerzielle Verwertbarkeit getrimmt werden. Wer gewinnt ist völlig gleichgültig, die Tatsache, dass alle teilnehmen wollen, macht die Sache zum Erfolg für die VeranstalterInnen. Die Mitwirkung ist es, was den Prozess legitimiert und verbindlich macht. Dass dabei, ähnlich wie schon bei der (auch systemimmanent) reichlich missratenen Studienreform, das Kleingedruckte gerne überlesen wird, die Umsetzung also die eine oder andere böse Überraschung bereithält – geschenkt. Dabei sein ist halt alles.

Eliten überall

Das dahinter stehende Ordnungsprinzip funktioniert ganz wunderbar. Kontrolle von außen ist nicht nötig, um die Hochschulen in ein bestimmtes Korsett zu zwingen. Die Selbstdisziplinierungsmechanismen laufen wie geschmiert, es genügen bereits ein paar massenmedial gestreute Stichworte aus obskuren think-tanks, gepaart mit ein wenig Handwerkszeug, wie der fortschreitenden formalen Schwächung der pseudodemokratischen Hochschulselbstverwaltung, um die völlige Zerstörung der zarten 20 Reformjahre zu erreichen.

Der Rückzugskampf der Reformfraktion nimmt derweil beinahe surreale Formen an. War sie einst mit der Forderung nach Hochschulautonomie und selbstbestimmter innerer Demokratie angetreten, ist ihre letzte Hoffnung zum Schutz vor dem totalen Ausverkauf ausgerechnet die staatliche Reglementierung. Hat sie noch vor Jahren den Begriff der Modularisierung geprägt und

Praxistauglichkeit des Studiums eingefordert, kämpft sie jetzt gegen die Durchsetzung gleich benannter, anders konnotierter, Pläne. Forderten schon die sogenannten 68er von den Hochschulen ein, ihre gesellschaftliche Relevanz zu beweisen, sind heute nicht wenige, zumindest nominell, progressive Gruppen damit beschäftigt, absurdeste Orchideenfächer zu verteidigen. So etwas ist im konkreten Fall natürlich richtig und wichtig, nur: Was genau soll das am Gesamtbild ändern, was genau bedeutet es überhaupt? Dass eure Elite nicht unsere ist? Die Exzellenzinitiative zerstört keine idealtypische Einrichtung ewiger Glückseligkeit, sondern korrigiert systemimmanent kontraproduktive Entwicklungen an einer Institution, deren Zweck einzig und allein die Entsprechung der ökonomischen Notwendigkeit der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte, einer gesellschaftlichen Elite also, ist. Nicht nur die „konstruktive“ Mitwirkung, sondern auch die „traditionalistische“ Bestandswahrung setzen sich dem Verdacht aus, an diesem Grundprinzip der Hochschulbildung nicht rütteln zu wollen. Deshalb werden beide strategische Positionen, bei allem punktuellen Ärger, den sie bereiten können, prinzipiell willkommen sein, tragen sie doch zur Stärkung des Systems Hochschule bei. Die Exzellenzinitiative ist nicht das eigentliche Problem, auch nicht die neuen Studiengänge oder die gerade wieder eingeführten Studiengebühren. Individuelle Dramen sind nicht ausgeschlossen, sondern zwangsläufiger Teil der Entwicklung. Die Existenz der Hochschulen selbst ist das Problem. Allein ihr Name, Hochschule, bedeutet Ausschluss, die Zugangsbedingungen sind dessen Bestätigung. Ihre Organisationsstruktur spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse wieder und ihre inhaltliche Ausrichtung deren Reglementierung. Die Teilnahme bedeutet hier nicht nur Legitimierung der Institution, sondern auch Privilegierung des Individuums. Lediglich die prinzipielle Bereitschaft des Verzichts auf diese Privilegien ermöglicht den Kampf gegen ihre Ursachen. Der Marsch durch die Institutionen führt bekanntermaßen nicht vors Himmeltor.

Signale der Abschreckung

Nur ein Bruchteil der Menschen ohne Papiere wird aus Deutschland abgeschoben. Und dafür wird viel Geld aufgewendet. Ziel ist weniger die Entfernung aller anwesenden Rechtlosen, sondern vielmehr das Vortäuschen staatlicher Souveränität gegenüber informellen ImmigrantInnen und den eigenen BürgerInnen. VON SASCHA FRANK

Mengenverhältnisse

Zurzeit und in Zukunft ist die deutsche Wirtschaft auf Zuwanderung aus demographischen Gründen angewiesen. Gleichzeitig wird viel Energie darauf verwendet, Menschen aus Deutschland abzuschoben. Das scheint zunächst paradox. Einerseits werden die Programme für die Arbeitskräfteanwerbung ausgebaut, andererseits werden für mehrere Millionen Euro jedes Jahr Menschen ohne Aufenthaltstitel gegen ihren Willen abgeschoben. Der Landesrechnungshof Baden-Württemberg veröffentlichte die Kosten der Abschiebungen: Für 2687 Abschiebungen hat das süddeutsche Bundesland im Jahr 2005 rund 31 Millionen Euro aufgewendet. Das entspricht etwa 11.600 Euro pro Abschiebung. Der Bund wendete im Jahr 2006 8,9 Millionen Euro für Abschiebungen auf.

In Deutschland leben vagen Schätzungen zufolge bis zu einer Million MigrantInnen ohne Aufenthaltsrecht. Alle auffindbaren Angaben zu dieser Frage beruhen jedoch auf „intelligentem Raten“, was deutlich macht, dass die Behörden die Situation nicht unter Kontrolle haben und sich das Aufenthaltsverbot nicht lückenlos durchsetzen lässt.

Im Jahr 2006 wurden von 30.759 gestellten Asylanträgen insgesamt nur 251 (0,8 Prozent) als berechtigt anerkannt. Diese geringe Quote gibt Anlass zu der Vermutung, dass potentielle AsylinteressentInnen lieber ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland leben, da die Gefahr, kein Asyl gewährt zu bekommen umgleich größer ist als die Gefahr, abgeschoben zu werden. Das Bundesamt für Statistik zählt 165.084 Menschen, die im Moment mit einer Duldung in Deutschland leben und erst seit neuestem weist es auch 445.070 Personen „ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung“ aus.

Im Jahr 2005 wurden bundesweit 16.865 Menschen auf dem Luftweg aus Deutschland abgeschoben. Letztes Jahr, 2006, waren von insgesamt 13.060 Abschiebungen auf dem Luftweg 4.941 Flüge polizeilich „begleitet“, da sich die Abzuschiebenden in vielen Fällen mit allen Kräften und möglichen Mitteln der Abschiebung widersetzen, so dass es dadurch zum Teil zu Abbrüchen von Abschiebungen kommt (301 Abbrüche im Jahr 2006). Ebenfalls kommt es immer wieder zu Verweigerungen der Abschiebung seitens der Flugzeugbesatzung (111 Fälle im Jahr 2006), wie die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage hin bekannt gab.

Maximale körperliche Gegenwehr, Lautstärke, Selbstverletzung und Verletzung anderer, Suizidversuche sowie alle erdenklichen Verzögerungs- oder Verhinderungstaktiken gehören zu den immer wieder vermeldeten Verhaltensweisen der Opfer. Extreme Fesselungspraktiken seitens der Polizei, Misshandlungen, Drohungen und Beschimpfungen sowie

Nichteingreifen von AugenzeugInnen stellen weitere Extreme dar. Bereits mehrmals ist es zu Todesfällen gekommen. Diese Umstände zeigen, dass Abschiebungen auch mit äußersten Mitteln der Gewalt durchgeführt werden bzw. nur mit diesen zu vereiteln sind.

Hält man jedoch die oben genannte offizielle Zahl von circa 450.000 Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis oder Duldung in Deutschland gegen die ca. 14.000 Abschiebungen im Jahr 2006, dann resultiert daraus eine Abschieberate von 3 Prozent pro anno. Es kann also nicht davon die Rede sein, dass Abschiebungen als effektives Mittel der Bekämpfung sich hier aufhaltender Menschen ohne Papiere funktionieren.

Strategie der Unterlegenheit

Es ist zu beobachten, dass die Abschiebungen nicht nur einer Rechtsstaatslogik entsprechen, nach der diese einfach die Umsetzung geltenden Rechts sind. Diese bildet zwar die Handlungsgrundlage für die Behörden, in der Argumentation der Regierungen zeigt sich jedoch offen, dass die Abschiebungen vielmehr als Signale des Regimes gedacht sind, als Kommunikationsform, deren Inhalt sowohl die Abschreckung von ImmigrantInnen als auch die Inszenierung der eigenen Souveränität und Handlungsfähigkeit nicht zuletzt gegenüber den eigenen StaatsbürgerInnen ist. Diese Absicht wird in den planungsverantwortlichen Parlaments- und Regierungsgremien umschrieben mit einer herzustellenden „Glaubwürdigkeit“ der Migrationspolitik. In der Mitteilung der Europäischen Kommission über die politischen Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von „Drittstaatsangehörigen“ vom Juli 2006 heißt es etwa: „Illegale Einreise, illegaler Transit und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen, die keinen internationalen Schutz benötigen, untergraben die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Einwanderungspolitik. [...] Eine entschlossene Politik zur Eindämmung der illegalen Einwanderung könnte die Glaubwürdigkeit klarer und transparenter EU-Regeln für die legale Zuwanderung erhöhen [...]“. Diese Politik zielt darauf ab, den Schein zu erwecken, die Gesetze würden auch durchgesetzt. Da der Staat nicht *beweisen* kann, dass klandestine Immigration in die EU unmöglich ist, versucht er es *glaubhaft* zu machen. Mit anderen Worten, eine Kontrolle der Situation ist dem Staat nicht möglich, er sucht nach anderen Herrschaftstechniken. Durch die Statuierung von Exempeln soll dies geschehen. Indem einzelne Menschen zur Rückkehr gezwungen werden, wird signalisiert, dass der Staat in der Lage ist, seine Souveränität auszuüben. Somit beinhalten Abschiebungen einen Moment der Abschreckung, des Terrors.

Weiterlesen:

- „Aspekte der Menschenverachtung in Europa. Ausreisezentrum Motardstraße“, Berlin, 2007. Kleines gut informiertes Leseheft, herunterzuladen bei chipkartenini.squat.net
- Forschungsgruppe TRANSIT MIGRATION (Hg.): „Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas“, Bielefeld, 2007.

Dieser Artikel entstand im Rahmen eines Seminars über Migration und informelle Ökonomie am Institut für Sozialwissenschaften

Migration ist auch Rückwirkung

Vornehmlich kommen Menschen ohne Papiere aus armen Ländern der weltwirtschaftlichen Peripherie. Historisch jedoch kamen die Staaten der weltwirtschaftlichen Zentren, beispielsweise die Kolonialmächte, zuerst in die dadurch geschaffene Peripherie, expandierten gewaltvoll dorthin und richteten sie als Absatzmärkte und vor allem Rohstofflieferanten und billige Produktionsstätten auf sich aus.

Erst auf diese Entwicklung hin begannen im 20. Jahrhundert „Rückflüsse“ von MigrantInnen in die Zentren. Die Zielländer der Migration entgegneten diesem Trend mit Abschottungs- und Filterpolitiken, um den Zufluss der MigrantInnen nach ihrem nationalökonomischen Interesse zu steuern. Eine allgemeine Anerkennung dieser Geschichte der Herrschaft und Ausbeutung, die sich bis heute weiter schreibt, liegt denkbar fern. Die daraus gezogenen Vorteile und Profite werden von den Zentren nicht freiwillig aufgegeben.

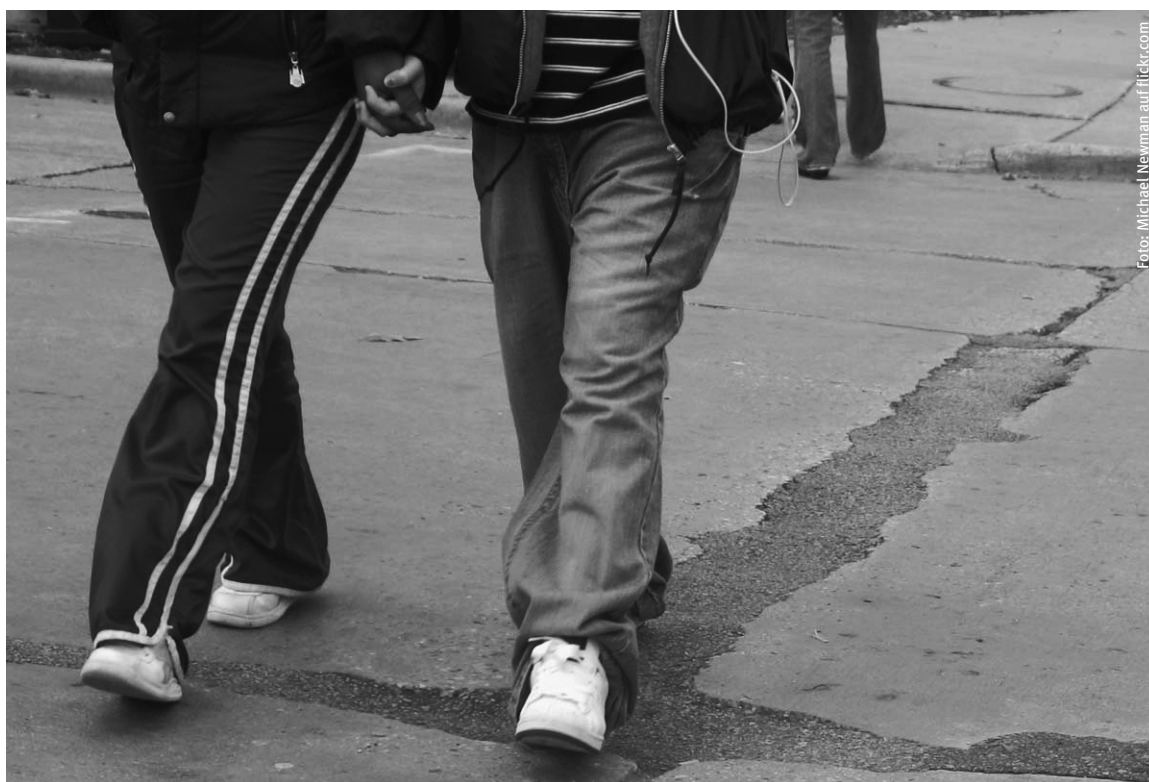
Das Abschiebungsregime

So wie von den MigrantInnen beständig neue Wege und Strategien entwickelt werden, die Kontrollen zu umgehen und trotzdem hier zu leben, so sind Behörden und Institute beständig dabei, diese Strategien zu ergründen und ihre Überwachung darauf auszurichten. Deshalb

ist die Abschiebungspraxis strukturell ein patchworkartig sich vor sich hin entwickelndes Gebilde, in dem verschiedene Zuständigkeitsbereiche und Handlungsformen nicht stringent nach politischen Vorgaben aneinander ausgerichtet werden. Vielmehr besteht sie aus einem sich den sich ändernden Praxen der MigrantInnen beständig anpassenden Institutionengeflecht. Die Struktur der Institution Abschiebung kann daher als „Regime“ begriffen werden, welches sich wiederum als Teilbetrieb in das deutsche und EUropäische Migrationsregime einfügt.

Der Begriff „Regime“ umfasst die Qualität der Institution, flexibel in Form und Inhalt zu sein, nicht völlig ausdefiniert und sichtbar zu sein. Es existiert ein Rahmenkonzept, innerhalb dessen die Verfahrens-

weisen, der Umfang und die Intensität der Arbeit der beteiligten Institutionen ständig verhandelt werden. Fast alle Teilbetriebe sind nicht ausschließlich mit den oben beschriebenen Abschiebungen beschäftigt, sondern haben noch andere Aufgabenfelder. Für das Land Berlin etwa sind das in erster Linie folgende Teilbetriebe: (a) die Berliner Polizeidienststellen (Direktionen), die die meisten Festnahmen vornehmen, (b) die Gewahrsamspolizei, die das Abschiebungsgewahrsam betreibt und bewacht, (c) die Ausländerbehörde, die den Haftbefehl beantragt und die Beschaffung von Personaldokumenten koordiniert, (d) die Außenstelle des Amtsgerichts Charlottenburg, die die Gewahrsamshafenanträge prüft und meist bestätigt, sowie (e) die Bundespo-



Würde der Staat gern kontrollieren, kann er aber nicht: wer wann wo mit wem hingehet

izei, die die meisten Abschiebungen durchführt.

Den Betroffenen wird der Eindruck vermittelt, einer übermächtigen Maschinerie ausgeliefert zu sein.

Abschaffen

Diese Politik der Angstverbreitung ist neben den Programmen der kontrollierten Einwanderung oder der intensiven allgemeinen Überwachung nur eine Komponente der deutschen und EUropäischen Migrationspolitik. Ob die Abschiebungen die intendierte abschreckende Wirkung überhaupt haben ist fraglich. Ungeachtet dessen sind sowohl Inhalt als auch Methode dieser Politik menschenverachtend. Sie gehört sofort abgeschafft.



Studi-Revolte in Griechenland

„Besetzung für immer“ plakatieren Studierende in Thessaloniki an ihre Uni. Es ist keine Aktion einer isolierten Kleingruppe – die Reformvorhaben im griechischen Hochschulwesen stoßen auf sehr breiten Widerstand. VON UNISTREIK INTERNATIONAL

Am 20. Februar wurde der Berliner Timo B. im griechischen Thessaloniki am Rande eines studentischen Konzertes unter anderem wegen Landfriedensbruch inhaftiert und ist seit dem in Untersuchungshaft. Für uns Grund genug, um genauer auf den Kontext seiner Festnahme zu schauen: In Griechenland soll das staatliche Bildungsmonopol per Verfassungsänderung abgeschafft und das Land für den EU-Bildungswettbewerb fit gemacht werden.

Spätestens seit dem 8. März ist es auch hier angekommen, dass die Reformierung der öffentlichen Bildung in Griechenland zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft führt. Die europäischen Medien berichteten von Studierenden, die sich, mit Stöcken bewaffnet, zu Zehntausenden vor dem Parlamentsgebäude in Athen gegen die prügelnde und Chemikalien versprühende Polizei zur Wehr setzten. Wir hörten von Massenverhaftungen, sahen die stark blutenden Verwundeten und wurden an die faschistische Diktatur in Griechenland, die 1974 nach Studierenden aufständen beendet wurde, erinnert. Zwei Tage später war für die nicht-griechischen Medien scheinbar alles wieder vorbei und um an neue Informationen zu gelangen war mensch auf alternative Medien wie *Indymedia* angewiesen. Doch wie kam es überhaupt zu dieser Auseinandersetzung?

Der Ausverkauf der Bildung

Im Juni 2006 wurde bekannt, dass die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia (Neue Demokratie) zusammen mit der sozialdemokratischen Oppositionspartei PASOK den Verfassungsartikel 16 abschaffen und ein neues Hochschulrahmengesetz verabschieden will. Der Artikel 16 schreibt vor, dass die Ausbildung an Universitäten in öffentlicher Hand liegen und kostenlos sein muss. Dies verhindert die Anerkennung von Privatunis als Bildungseinrichtungen und macht deren Abschlüsse,

zumindest in Griechenland, wertlos. Die griechische Regierung will mit der Abschaffung dieses Artikels der geplanten EU-weiten Angleichung der Bildungsabschlüsse und Anpassung der Bildung an die Erfordernisse der Wirtschaft, gerecht werden. Die KritikerInnen befürchten den Statusverlust der unterfinanzierten staatlichen Hochschulen bzw. deren Abschlüsse, wenn sie mit hochdotierten Privatunis konkurrieren müssen. Jedem Unternehmen stünde es dann frei, sich durch Einmischung in die Lehre maßgeschneiderte Arbeitskräfte zu erziehen, während allgemein ausgebildete AkademikerInnen in den Niedriglohnsektor abgeschoben würden.

Die Verfassungsänderung soll auch ein neues Hochschulgesetz in Griechenland voranbringen, dessen Inhalte eine klare Sprache sprechen: Senkung der Studierendenzahlen, Schließung von „unrentablen“ Fakultäten, Befriedung von Bildungsstreiks.

Die Änderungen im Detail: 1. Die Studienzeit wird auf die zweifache Regelstudienzeit begrenzt – danach folgt die Zwangsexmatrikulation. Da es in Griechenland kein BAFöG gibt, wird diese Frist sozial Schwache daran hindern zu studieren, da sie nebenbei arbeiten müssen und daher länger brauchen. 2. Die Lehrmittelfreiheit wird abgeschafft – Literatur und Seminarbedarf ist selbst zu finanzieren. 3. Verbot der doppelten Prüfungsperiode. Falls Studierende an Prüfungen aufgrund von Streiks nicht teilnehmen konnten, bestand bisher die Möglichkeit die Prüfungen im nächsten Semester nachzuholen. 4. Das absolute Hochschulasyll wird abgeschafft. Dieses ist eine griechische Besonderheit, das es der Polizei erst gestattet das Unigelände zu betreten, wenn ein Gremium aus HochschulleiterIn, ProfessorInnen und Studierenden einstimmig das Ok gibt. Die Regierung will die 1974, nach den Erfahrungen des Studierenden aufstandes gegen die faschistische Obristen-Junta, erlassene Regelung aufheben, um Besetzungen der Institute, wie sie während der Streiks üblich sind, von der Polizei räumen zu lassen.

5. Einsetzung von sog. HochschulmanagerInnen, welche die Erfüllung der neuen Leistungskriterien kontrollieren und auch über die Mittelvergabe entscheiden.

Die GegnerInnen der Reform fordern stattdessen eine bessere Ausstattung der Schulen und Unis, sowie eine bessere Besoldung der Lehrkräfte. Statt der 3% des Brutto-Sozialprodukts sollten mindestens 5% in die Bildung fließen. Nicht der Unwille der Lernenden sei für den schlechten Stand der öffentlichen Bildung verantwortlich sondern der geringe Bildungsetat, die Regulationswut des Bildungsministeriums, welches eine akademische Selbstverwaltung unmöglich macht und das Fehlen eines BAFöG oder Stipendiensystems. De facto ist die Bildung in Griechenland schon privatisiert, da sich aufgrund der schlechten Ausbildungsbedingungen eine privatwirtschaftliche Nachhilfeindustrie etabliert hat, ohne die selbst das Abitur für die meisten unerreichbar ist. Letztlich sind sich in Griechenland alle einig, dass sich daran etwas ändern muss. Nur wer es bezahlen soll (Studierende oder Staat) und wem es nützen soll (Studierenden oder Markt), ist mehr als strittig.

Die Protestbewegung

Gegen die Verfassungsänderung und das neue Hochschulgesetz gingen seit Juni 2006 wöchentlich landesweit Zehntausende Studierende und HochschullehrerInnen auf die Straße, besetzten 90% aller Fakultäten und lieferten sich regelmäßig Straßenschlachten mit der Polizei. Organisiert werden die Besetzungen und Großdemonstrationen von den jeweiligen Studierendenparlamenten und Vollversammlungen. Überregional hat sich die „Initiative für den Artikel 16“ gegründet, die alle beteiligten Organisationen miteinander vernetzt.

Dem Bildungsstreik schlossen sich im September die Verbände der GrundschullehrerInnen (DOE) und der LehrerInnen an höheren Schulen (OLME) mit einem fünfwöchigen Streik an und die öffentliche Bildung kam für ein Semester quasi zum Erliegen. Die bevorstehenden Regionalwahlen und befürchtete Ausschreitungen zum Jahrestag des Studierendenaufstandes gegen die faschistische Diktatur am 17. November, veranlassten die Regierung dazu die Bildungsreform bis zum Januar 2007 zu vertagen.

Wie zu erwarten begannen die Proteste Anfang des Jahres erneut, und wieder kam es flächendeckend zu Besetzungen und Massendemonstrationen. Diesmal allerdings gab es auch kritische Stimmen, die aufgrund der Nachteile im Studium gegen den weiteren Protest aufriefen und die Staatsraison wegen der andauernden Straßenschlachten in Gefahr sahen. Die regierungsfreundliche Studierendenorganisation DAP versuchte sogar Institutsbesetzungen selbst gewalttätig aufzulösen.

Dennoch, der Druck auf die sozialdemokratische Partei PASOK, der Verfassungsänderung nicht zuzustimmen, wuchs, da der eigene Jugendverband der

Parteiführung mit Konsequenzen drohte. Durch das Nein der PASOK zur Abschaffung des Artikel 16 am 8. März, kam die nötige 2/3 Mehrheit im Parlament nicht zustande. Die Bildung bleibt unter staatlicher Kontrolle – die Verfassungsänderung ist zunächst bis zur Parlamentswahl 2008 vom Tisch. Das neue Hochschulrahmengesetz mit den oben beschriebenen weitreichenden Folgen, wurde dennoch von der Regierung im Alleingang am 8. März verabschiedet, da hierfür nur die absolute Mehrheit von Nöten war. In den Debattenpausen konnten die Abgeordneten die Tumulte vor dem Parlamentsgebäude beobachten, die auch international für Aufmerksamkeit sorgten.

Linke Abgeordnete und der Verband der HochschullehrerInnen POSDEP wiesen nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes darauf hin, dass dieses in der Praxis an den Hochschulen und durch massenhafte Verweigerung niemals in Kraft treten würde und letztlich wieder zurückgenommen werden müsse. Der Bildungsprotest geht also weiter. Ermöglicht wird dies auch durch die Weigerung der ProfessorInnengewerkschaft mit der Polizei zusammenzuarbeiten und Gebiete auf den Campus zu benennen, wo sie eingreifen darf – das Hochschul-asyl bleibt also trotz anderslautender Gesetze bestehen.

Ende April wurde von den meisten Streikenden entschieden, weiter zu studieren, Prüfungen nachzuholen und neue Kraft zu tanken. Die wöchentlichen Demonstrationen, immer Donnerstags, gehen allerdings weiter.

Die staatliche Repression

Je breiter eine Protestbewegung desto breiter werden auch die staatlichen Maßnahmen zur Einschränkung derselbigen verhandelt. JournalistInnenverbände, Gewerkschaften, Massenmedien, Prominente und PolitikerInnen klinken sich auch in Griechenland immer wieder in den Streit um die öffentliche Bildung ein und thematisieren die übertriebenen Reaktionen des Staates. Auch die Bewegung selbst lässt sich nicht so einfach mundtot machen. Neben der breit akzeptierten Gewaltanwendung gegen SchlägerInnen in Uniform, wird den Betroffenen staatlicher Repression besondere Solidarität entgegengebracht. Traditionell wird nach einer Festnahme das zuständige Revier per Demonstration besucht. Nachdem am 8. März 49 ProtestiererInnen inhaftiert wurden, belagerten Eltern und Studierende solange das Gefängnis bis sie wieder freigelassen wurden. Auch zu den folgenden Strafverfahren wird mobilisiert und es entstehen Tumulte in den sonst Ehrfurcht einjagenden Gängen der Gerichte. Während in Griechenland die Bildungsproteste und Solidaritätsarbeit für die Inhaftierten der Bewegung weiterhin große Kreise ziehen, scheint für den Rest Europas die Situation in Griechenland kein Thema mehr. Dieser Artikel konnte beispielsweise nur mit Hilfe griechischer AugenzeugInnen zu Stande kommen.

Unistreik International betreut den Fall des Berliners Timo B., der bereits im Februar am Rande eines studentisch organisierten Protestkonzertes in Thessaloniki inhaftiert wurde. Trotz erheblicher Zweifel an den belastenden Aussagen der Polizeizeugen kann er von der griechischen Justiz bis zu seinem Prozess, maximal 18 Monate lang, festgehalten werden. Auch hier regt sich Protest: Es gab bereits mehrere Solidaritätsaktionen in Griechenland (beispielsweise wurde ein Platz für ihn besetzt) und in Berlin für ihn. Achtet auf weitere und werdet selbst aktiv! Beteiligungsmöglichkeiten und neueste Informationen unter: <http://unistreik.does.it>

Impressum

■ **Anschrift** HUch! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin; huch@refrat.hu-berlin.de; www.refrat.de/huch

■ **HerausgeberIn** ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AstA)

■ **Redaktion** Nelo Locke, Sascha Frank, Tobias Becker (V.i.S.d.P) **Layout** Tobí **Lektorat** Jana, Jörg, Jan, Daniél **Druck** Union Druck **Auflage** 3.000

Alle Artikel stehen unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung der Texte sind unter folgenden Bedingungen erlaubt und erwünscht:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Kein Artikel erhebt den Anspruch für die gesamte Verfaste Studierendenschaft zu sprechen. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich. **Redaktionsschluss** für die Nr. 52 ist 01. Juli 2007

Plug in or Cut it out

Ein Pro, ein Kontra, zwei Themen, zwei Ansichten

Das hat mit Deutschtümelei nichts zu tun?

VON HUSKY

Cut it out

Deutsche sind immer auf der Suche nach Dingen auf die sie öffentlich stolz sein dürfen. Und sie finden sie. Sie erfinden sie auch. Und sie kommunizieren sie. Nach Raumfahrt googelnd stolperte ich über einen Artikel namens: „Deutsche Augen für den Greifarm“. Da entwickelt die NASA über Jahre hinweg den „Mars Polar Lander“, aber die Deutschen brauchen einfach ihr nationales Bienchen im Muttiheft und versuchen sich ein Stück des Weltruhmes zu sichern, indem sie ihren eigenen Anteil betonen: „Doch der Lander ist keine rein amerikanische Mission: So befinden sich an Bord auch Geräte, die von deutschen Wissenschaftlern entwickelt wurden.“¹ Das heißt, irgendein deutsches Forschungsinstitut baut Kameras, die beim „Mars Lander“ benutzt werden und schon scheint Deutschland unentbehrlich für die technische Entwicklung der Welt und selbstverständlich für die Erforschung des Universums und des ganzen Rests.

Und dann gibt es da die deutsche Sprache, die den Deutschen nicht kaputt gemacht werden darf. Gefährliche fremdländische Einflüsse nehmen dem deutschen Alltag nämlich die würdevolle Aura.

Beispiele dafür liefern die viel diskutierten „Anglizismen in der deutschen Sprache“. Sehr wichtige Beiträge zum deutschen „Kampf um Anerkennung“ leistet der „Verein Deutsche Sprache e.V.“ Auf seiner Internetseite sind sich all die von „Anglizismen“ gebeutelten Deutschen nicht zu schade, Sprüche darüber abzulassen, wie schädlich der Gebrauch selbiger für das „Volk“, die „deutsche Identität“ oder das soziale Verhalten sei. Um den eigenen Forderungen nach deutscher Identität Nachdruck zu verleihen, werden schon mal sozial Schwache aus der Ecke der Missachtung ans Licht gezerrt: „Es ist mehr als eine Zumutung... wenn die ältere Dame beim Einkauf im Supermarkt die Duftnote von Teelichtern erschnüffeln muß, weil sie nicht weiß, daß strawberry Erdbeere und blueberry Blaubeere heißt. Das ist eine Entwürdigung von Menschen und zutiefst unsozial.“² Bei derart brillant geführten Argumentationsschwertern zerspringt jeder Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Kampfes. Und wer denkt schon gerne an die ins Abseits gedrängten als „nicht deutsch“ Definierten, wenn herzerreißende Bilder einer Teelichterschnüffelnden Omi vor dem geistigen Auge schweben?

Auf den Versuch der Einführung einer Quote für deutschsprachige Musik im Radio sind die Deutschen auch stolz. So wird dem drohenden Aussterben der deutschen Mundart ein Riegel vorgeschoben. Ihre Programmfreiheit soll den Radiosendern nicht so wichtig sein wie jetzt die „Förderung der heimischen

Wirtschaft“ und ihre Identitätshallutinationen. „Das sind wir unserer kulturellen Identität schuldig. Das hat nichts mit Deutschtümelei zu tun. Andere Länder kümmern sich ganz selbstverständlich um ihre eigenen Künstler“, betonte zum Beispiel Antje Vollmer, die kulturpolitische Sprecherin der Grünen.³

Muss ja nicht heißen, dass diese „eigenen Künstler“ doch ein bisschen Deutschtümelei betreiben. Heino zum Beispiel vertrieb eine von ihm aufgenommene Kassette mit Naziliedern jahrelang über einen in der „Deutschen Nationalzeitung“ beworbenen DVU-Versand. Schließlich sind wir ja alle ein bisschen Nazi.

Georg Streiter, Ressortleiter Politik bei der Bild-Zeitung in Hamburg erhielt beim Kreativ-Wettbewerb des Art Directors Club Deutschland (ADC) 2006 Silber für seine Bild-Schlagzeile „Wir sind Papst“. Sie wurde viel zitiert und als Kommunikationsmittel aufgenommen, um zu vermitteln: wir sind wieder wer. Mal wieder. Wenn die Idee, dass die Deutschen sich als wer fühlen, nicht durch ihre Kontinuität derartig gruselig wäre, könnte sich langsam Mitleid für ihr gequältes Ego einschleichen. Cut it out!

Es wäre möglich, ganze Bücher damit zu füllen, wie wichtig sich Deutsche nehmen. Zum Glück gibt es auch Leute, die zu diesem Bereich kontextuelle Arbeit leisten, meine Pöbelelei sei mir also verziehen.

Doch mindestens mit dem noch nicht überwundenen Schock der WM Erlebnisse in Berlin bleibt zu sagen: Ihr nervt. Egal um welches Thema es geht, immer wieder sind Deutsche bemüht sich zu Opfern/HeldInnen etc. zu stilisieren, die sich gegen „minderwertige“ (zumeist amerikanische) Kultureinflüsse „schützen“ wollen oder Leute ausschließen, deren Existenz nicht in die Wahrnehmung deutscher Identität passt. Es ist mit der provinziellen Denkstruktur einfach nicht vereinbar, darüber zu reflektieren, dass es nahezu unmöglich ist, in diesem ach so weltoffenen Land ohne Deutschkenntnisse U-Bahn zu fahren oder ein Eis zu kaufen. All diese unsäglichen, rückwärtsgewandten, nationalistischen ... Beiträge ins Klo. Deutschland abschalten.

Fußnoten:

1. <http://www.astronews.com/news/artikel/1999/11/9911-026.shtml>, am 29.01.2007

2. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach in einer Bundestagsdebatte vom 24.01.2002 zu finden unter <http://www.vds-ev.de/literatur/politikersprueche.php>

3. Zitat von Antje Vollmer, http://www.wdr.de/themen/kultur/rundfunk/deutschquote_radio/index.jhtml

Foto: S Baker auf flickr.com



„Go-go-Gadgeto-Arme!“

VON KASKI

Wer hat sie sich nicht gewünscht die ausfahrbaren Arme des Inspektor Gadget, dieses tollpatschigen Helden unserer (zumindest der im Westen groß gewordenen Kids) obsessiven Cartoon-Samstagvormittage. Und dabei war er gleichzeitig Parodie und Veranschaulichung der These von der Maschine als Prothese des Körpers, ganz zu schweigen von Maschine-Übermenschphantasien. Fernsehen verblödet? Und wenn schon!

Gadget ist ein Inspektor, der mit allerlei Extrazubehör (eben gadgets) ausgestattet ist. So zum Beispiel mit extrem flexiblen und ziemlich weit ausfahrbaren Greifarmen, einem aufblähbaren Trenchcoat, der ihm unkoordiniert, sowie einem Propeller im Hut, der ihm koordiniert zu fliegen ermöglicht. Außerdem gibt's im Hut noch eine Lupe und einen Hammer zur versehentlichen Ausschaltung von Feinden, oder was halt gerade im Weg rumsteht. Öfter aktivieren sich auch mal alle Funktionen gleichzeitig. Letztlich ist Gadget ein Tollpatsch. Die Fälle, deren er sich annimmt, werden eigentlich von seiner Tochter (mit einem Laptop ausgestattet) und ihrem Hund gelöst, die Gadget heimlich auf Schritt und Tritt folgen. Am Ende jedoch erscheint es so, als habe er, Gadget, wiederum eine inspektorische Meisterleistung erbracht.

Ich hatte stets zwei - in gewisser Hinsicht gegensätzliche - Empfindungen, wenn ich diese Comicserie im Fernsehen schaute. Einerseits war es doch unfair, dass immer Gadget den ganzen Ruhm für die gelösten Fälle kassierte, obwohl dieser ja eigentlich seiner Tochter gebührte! Andererseits war mir die Tochter mit ihrer klugscheißerischen Ernsthaftigkeit immer zutiefst unsympathisch. Woran mochte das wohl liegen? Ich denke, ein Aspekt ist wahrscheinlich die Art, wie Gadget und Tochter in je unterschiedlicher Weise mit ihren technischen Geräten umgehen. Während die Tochter ihren Laptop als ein Instrument zur Erreichung eines klar kalkulierten Zwecks einsetzt, schwankt Gadget permanent über dem Abgrund des totalen Kontrollverlusts - er wird mitgerissen, aufgebläht, durch die Luft geschleudert und erschlägt die falschen Leute. Allerdings - die Lacher sind auf seiner Seite. Und seltsamerweise möchte mensch lieber go-go-Gadgeto-Arme haben, als einen Laptop. Obwohl doch dieser als nützliches Instrument dargestellt wird, jene aber zu gar nichts nütze zu sein scheinen. Der Versuch, ein Glas Blaubeermarmelade aus dem obersten Küchenregal mit Gadgeto-Ar-

men zu holen, würde zwangsläufig mit der Verwüstung der Küche enden. Eben das war es aber, was ich mir wünschte! Ich wollte die Gadgeto-Arme nicht etwa, um sie dem sinnvollen Zweck unterzuordnen, das Marmeladenglas, an das ich nicht heranreichte, herunterholen zu können, um dann den Sonntag-Morgen-Frühstückstisch zur Freude meiner Eltern decken zu können. Ich wollte sie als Spielzeug. Und wer behauptet Spielzeuge seien Instrumente, die die sinnvolle Tätigkeit des Spielens unterstützten, dem/der ist ohnehin nicht mehr zu helfen! Gadgeto-Arme würden vor Allem Spaß machen.

Ähnliches lässt sich auch bei „Edward mit den Scherenhänden“ beobachten. Während Edward passioniert Hecken schneidet und den BewohnerInnen mit Freude einen feschen Haircut verpasst, ist die Haltung der Nachbarschaft eine gänzlich unpassionierte. „Aha! Mit den Scherenhänden lässt sich also brauchbares anfangen!“ Und prompt wird Edward für private Interessen instrumentalisiert. Sie lassen Edward einfach nicht die Freude an seinen gadgets. Stattdessen bestimmen sie den

Kontext von Edwards leidenschaftlichem Tun um und passen es ein in ihr Zweckideologisches Raster.

Und jetzt ich! Auch wenn es böse kapitalistische Bedürfniserzeugung ist, dass mensch mit Handys nicht nur Kommunikation betreiben, sondern auch fotografieren kann,

ich wünsch mir eins! Zu Weihnachten, das ich nicht feiere. Trotzdem! Und delux filmen soll's auch können! Und in ein U-Boot verwandelbar sein! Und...

Plug in



Ein Streik als Lektion

Der Streik von 80 Beschäftigten bei dem Caterer Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen wird im Oktober 2005 von einem „ganz normalen Tarifkonflikt“ zu einer sechsmonatigen Auseinandersetzung um „Menschenwürde“. Rezension einer Streikbilanz. VON ANDRA MINA

Auf den Geschmack gekommen...“ ist eine Analyse und Berichtesammlung eines aufschlussreichen Streiks. Ein detaillierter Blick in die Strukturen eines Arbeitskampfes, wie er hier in Form eines Streiktagebuchs und einer Collage aus verschiedenen Interviews mit Beschäftigten gewährt wird, ist selten möglich, da meist die Leute und Strukturen geschützt werden müssen. Dies ist hier nicht mehr nötig, da viele der aktivsten Streikenden, die den Streik untergründig vorbereitet hatten, nach dem Streik „nicht wieder da rein“ gegangen sind.

Die „große Fabrik“ Flughafen bildet einen Knotenpunkt für viele Fragen, die sich um neue Arbeitsverhältnisse und Globalisierung drehen: Hier kommen multiethnische Belegschaften verschiedener transnational agierender Konzerne zusammen, die gestiegene Bedeutung des Transportsektors macht Aufkäufe und Umstrukturierungen von Firmen für Finanzinvestoren interessant. Was genau an den viel beschworenen ‚neuen Arbeitsverhältnissen‘ neu ist, inwieweit es sich hier um Dienstleistungen und nicht mehr um Produktion handelt und was das bedeutet, lässt sich anhand dieses konkreten und anschaulichen Beispiels gut diskutieren. In diesem Konflikt treten viele Probleme heutiger

Konkurrenz) ver.di organisiert werden, blieb jedoch aus. Die intensive Unterstützung der „umherschweifenden Streikposten“ von außerhalb, die den ArbeiterInnen nicht mögliche Widerstandsformen wie Blockaden von LKWs zu deren Unterstützung durchführen konnten, waren wichtig um die Wirksamkeit des Streiks zu erhöhen. Diese gelungene Zusammenarbeit ist durch die Suche der ArbeiterInnen nach Handlungsoptionen und die Länge des Kampfes erst möglich geworden. Diese lange Dauer des Streiks ist unter diesen Bedingungen ein Ausdruck der Hartnäckigkeit der ArbeiterInnen, aber auch ein Zeichen ihrer Schwäche.

Das Buch beschreibt nicht nur einen relativ isolierten Streik, sondern bettet ihn in die gesellschaftlichen Zusammenhänge ein. Thematisiert wird der wilde Streik bei Gate Gourmet in London-Heathrow 2005, dem sich für einen Tag das Bodenpersonal der British Airways anschloss und so den kompletten Flugverkehr lahm legte. Das Buch enthält außerdem eine detaillierte Analyse der von McKinsey durchgeführten Umstrukturierungsmaßnahmen und ihrer Bedeutung für die Zurichtung und die Möglichkeiten der Arbeitenden. Bei der Untersuchung der Arbeitsabläufe halfen die ArbeiterInnen anfänglich sogar gerne mit, bis sie am eigenen Leib spürten,

dass die „Optimierung“ ihrer Arbeitsabläufe mehr Stress, Arbeitsdruck und Konkurrenz untereinander bedeutete. Die unerträgliche Verdichtung und Flexibilisierung des Arbeitstages war dann auch der Hauptgrund für die Entschlossenheit der ArbeiterInnen den Streik anzufangen und auch weiterzuführen.

Das Buch enthält sich idealisierender und die Widersprüche ausblendender Vereinfachungen ebenso wie hochtrabender Theoretisiererei. Vielmehr versuchen die HerausgeberInnen „Pulsmessungen“ und aktive Unterstützung



Foto: Jurica G auf flickr.com

Alle Töpfe stehen still

ArbeiterInnenkämpfe schlaglichtartig zu Tage, wie der massive Einsatz von LeiharbeiterInnen, mit dem der Streik vom ersten Tag an unterlaufen wird oder die schwierige bundesweite und internationale Kooperation. Hier wird auch die ambivalente Rolle der Gewerkschaften deutlich. Ohne die vergleichsweise kleine Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hätte der Streik nicht stattfinden können. Eine über Erklärungen hinausgehende Unterstützung von anderen Gate Gourmet Standorten, die von der (gewerkschaftlichen

der Kämpfe zu verbinden. Die Möglichkeiten und Beschränkungen der ArbeiterInnen in dieser Konfrontation, die in dem Buch „...auf den Geschmack gekommen“ eindrücklich beschrieben werden, sind für weitere Kämpfe aufschlussreich und ein wichtiges Beispiel, das Anlass zu vielen Diskussionen bietet.

Flying Pickets (Hg.): Auf den Geschmack gekommen ... Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet, Assoziati-on A, 264 Seiten, 12.00 Euro, ausführlich bebildert

Das Superwahljahr 2007



Charlottenburg zu verlieren würde dem europäischen Konservatismus nach dem Wahlsieg in Paris einen Dämpfer verpassen.

Bereits im Vorfeld sorgen die an der TU anstehenden Wahlen zum Studierendenparlament berlinweit für Erheiterung, Kopfschütteln und Streß bei allen Beteiligten. VON INA PATSCHE

Turnusgemäß stünden an der Technischen Universität bereits im Juni wieder die Wahlen zum Studierendenparlament an. Der derzeitige RCDS¹-AstA zeichnet sich jedoch weder durch besondere Arbeitsamkeit noch durch Kompetenz aus, weshalb die linken Gruppierungen an der TU starke Zweifel hatten, dass diese Wahl auch tatsächlich stattfinden würde. Da eine Wiederwahl für den RCDS, spätestens seit das Semesterticket der TU ihrer Untätigkeit zum Opfer zu fallen droht², mehr als unwahrscheinlich ist, machte auch das Gerücht von Verschleppung der Wahl bereits die Runde. Vielleicht, so die Vermutung, würden die sauberen Herren auf diese Art und Weise versuchen ihre Amtszeit zu verlängern um zumindest die Druckerei noch verkauft und einige Mitarbeiter_Innen gekündigt zu bekommen.

Als aufgrund der Unklarheiten auf der 6. Sitzung des Studierendenparlamentes am 02.05.2007 beantragt wurde, der studentische Wahlvorstand³ möge von seiner Arbeit berichten, war die Sachlage folgende:

Es existierte kein öffentlich einsehbares Protokoll, oder sonst irgendein Dokument, das die Arbeit des Wahlvorstandes – oder zumindest den Tatbestand dass dieser die Arbeit aufgenommen hat – bestätigte. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Alle Nachfragen zum Stand der Organisation der Wahl, seien sie persönlich, schriftlich, oder öffentlich auf AstA-Sitzungen wurden mit dem schlichten Verweis „Wir arbeiten daran“ abgebugelt, oder sonstwie übergangen. So endete es denn auch am 02.05.: Der Antrag auf einen simplen kleinen Bericht über die Arbeit des Wahlvorstandes wurde von der Parlamentsmehrheit (RCDS und nichtoffizieller RCDS) aus der Tagesordnung herausgestimmt.

Wie sich bald herausstellen sollte, taten sie das wohl aus gutem Grund: Der Wahlvorstand, dessen Sitzungen öffentlich zu sein haben, hatte nämlich anscheinend bereits getagt. Und zwar ohne dass davon irgendjemand etwas mitbekommen hätte. Anders wäre es schlichtweg nicht zu erklären, dass bereits seit dem 27. April 2007 die Wahlankündigung aushing. Bei einer Befragung zu diesem Thema hätte der RCDS darüber informieren müssen. Offensichtlich war aber nicht beabsichtigt, auch noch andere Men-

schen über die anstehende Wahl zu informieren.

Als Vertreter_Innen des „breiten linken Bündnisses“ dieses Manöver bemerkten, wäre es denn auch schon fast zu spät gewesen. Nur noch knapp eine Woche blieb, um sämtliche Unterlagen zusammenzustellen und abzugeben. Dies wurde durch eine weitere Schickane erschwert: „Das Formular ist komplett maschinenschriftlich auszufüllen“, stand dieses Jahr auf dem Wahlvorschlagszetteln. Der Wahlvorstand wusste nicht zu berichten, welche Vorteile sich aus dieser Änderung ergeben sollten – oder was überhaupt die Gründe dafür seien. Erst im Nachhinein stellte sich heraus, dass handschriftliche Unterlagen akzeptiert werden müssen.

Am 23. Mai tauchte dann auch noch ein Aushang auf, der besagt, das die Texte für die Wahlzeitung per Email an den Wahlvorstand geschickt werden könnten. Dafür wurde die großzügige Frist von zwei Tagen gewährt.

Einen öffentlichen Sitzung des Wahlvorstands gab es dann letztendlich doch. „Letztendlich“ deswegen, weil es den Wahlvorständen, namentlich Herrn Petsch, wohl gar nicht recht war, sich vor mehreren Zeug_Innen auf einen Termin festzulegen. Bei diesem Termin ging es um die Prüfung der formalen Richtigkeit der eingereichten Listen. Man wolle spontan bleiben und die Sache so schnell wie möglich über die Bühne bringen war seine Begründung für die mangelnde Bereitschaft zur Transparenz. Eine Aussage die bestenfalls noch als dummdreist zu bezeichnen ist, wenn mensch die hier beschriebene Vorgeschichte kennt.

Es spielt absolut keine Rolle, ob mensch diese „Formfehler“ letztendlich juristisch angreifen, oder verwerten will. Es ist letztendlich auch nicht mehr so wichtig, dass Menschen Machtpositionen benutzen wollten (und wahrscheinlich auch weiterhin werden) um Wahlausgänge zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Wichtig ist vielmehr folgendes: Der RCDS hat ein ganzes Jahr lang nichts getan, außer zu versuchen die studentische Selbstverwaltung an der TU zu ruinieren. Vom 25-29 Juni sind Wahlen an der TU. Sicherlich freut sich der RCDS in keinster Weise über Öffentlichkeit. Das sollte aber niemanden, der/die die Zeit dafür hat davon abhalten, diesen Menschen zumindest genau auf die Finger gucken.

1 Ring Christlich Demokratischer Studenten, die CDU-Hochschulgruppe

2 Laut Aussage der Semtex-Länderkoordination ist die Situation an der TU „völlig unklar“ und außerdem „der Kontakt abgerissen“.

3 Dasjenige Gremium, welches für die Organisation der Wahl zuständig ist. Es wird in diesem Jahr komplett von Mitgliedern des RCDS gestellt..



Wir sind nicht Eure Elite!

11. und 12. Juni: Reclaim your Uni
Gleichzeitig: die Exzellenzinitiative begeht die HU
 Vorbeikommen, Freund_innen mitbringen, sich von der besten Seite zeigen...

Foto: marcobertin auf flickr.com

Infos zur Exzellenzinitiative und den Protesten dagegen: www.gegen-groessenwahn.de

NFJ Seminare

01. - 03. Juni 2007
 Was ich noch sagen wollte...
 Rhetorik für EinsteigerInnen

08. - 10. Juni 2007
 Gib mir ein T-Shirt mit
 Andreas Baader drauf.
 Der Mythos der RAF für Einstei-
 ger_innen und Kritiker_innen

22. - 24. Juni 2007
 Großes Kino, ganz großes Kino!
 Dein eigener Kurzfilm
 in Höchstgeschwindigkeit

06. - 08. Juli 2007
 Du hast den Farbfilm vergessen...
 Schwarz-weiß-Fotographie und
 Filmentwicklung für Einsteiger_innen

Infos & Anmeldung jeweils unter:
info@naturfreundejugend-berlin.de

Zuschuss zum Semesterticket – Hier gibt's Geld!



JedeR StudentIn der HU kann einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialer Lage und Härte der Situation, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag, derzeit 151,- € pro Semester, entschieden.

Was als geringes Einkommen und soziale Härte gilt, ist im Semesterticketbüro oder im Netz unter www.refrat.de/semnix zu erfahren. Dort gibt es auch Antragsformulare. Anträge können während der Rückmelde-/Einschreibefrist gestellt werden.

Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Unter den Linden 6 Hauptgebäude Tel.: 2093-2082 semnix@refrat.hu-berlin.de
 10099 Berlin Raum 1043 Fax: 2093-2092 www.refrat.de/semnix

Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten
 Mittwoch 14-16 Uhr
 In den Semesterferien:
 Mittwoch 14-16 Uhr
 Monbijoustraße 3/ Raum 16
 Tel.: 20 93 - 19 86
 Email: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten
 Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr
 März, August und September:
 Mittwoch 10 - 14 Uhr
 Monbijoustraße 3/ Raum 15
 Tel.: 20 93-10 60
 E-Mail: beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten
 Montags 12 - 15:30 Uhr
 Mittwochs 10 - 13:30 Uhr
 März, August und September:
 Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung
 Monbijoustraße 3/ Raum 16
 Tel.: 20 93-19 86 Internet: www.refrat.de/soziales/stuki
 E-Mail: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de

Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten
 Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr
 Donnerstag 13:30 - 18 Uhr
 März, August und September:
 Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung
 Monbijoustraße 3/ Raum 6
 Tel.: 20 93-10 62 Internet: www.refrat.de/soziales/befas
 E-Mail: beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de

Enthinderungsberatung

Sprechzeiten
 Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr
 März, August, September:
 Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung
 Monbijoustraße 3/ Raum 5
 Tel.: 20 93-21 45
 E-Mail: beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de
 Internet: www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung

Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten
 Mittwoch 18-20 Uhr
 In den Semesterferien:
 Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig
 Monbijoustraße 3/ Raum 16

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten
 Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig
 Dorotheenstraße 17/ Raum 2
 aktuelle Termine: www.refrat.de/lust

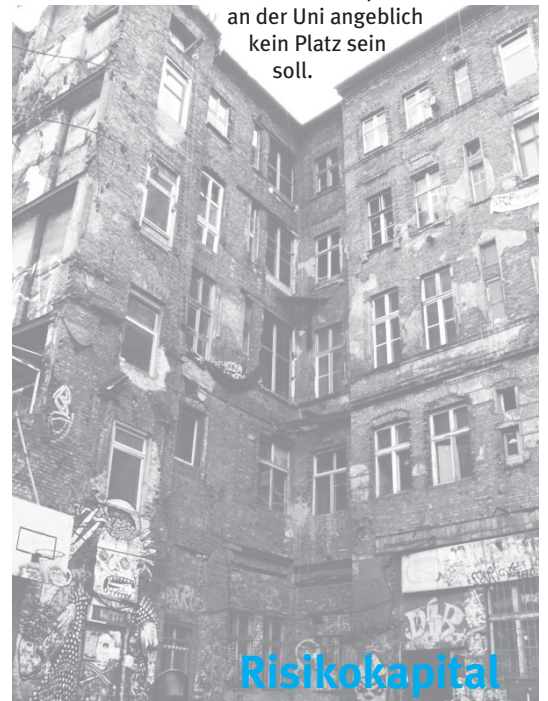
Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten
 Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr
 März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr
 Monbijoustraße 3/ Raum 5
 Tel.: 20 93-21 45 www.refrat.de/soziales/arbeit
 E-Mail: beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de

Köpi muss unsa bleiben!

Das Wohn- und Kulturprojekt in der Köpenicker Straße 137 wurde zwar vor kurzem versteigert, aber Papier ist geduldig. Vegetarische Volkküche, kostenloses Kino, Konzerte, Discos, Soliveranstaltungen, eine Cocktailbar, ein Videoarchiv und Kneipenbetrieb auf Selbstkostenbasis gibt es weiterhin. Die Köpi lebt seit über 17 Jahren als selbstveraltetes, unkommerzielles Kulturzentrum. Verschiedenste Gruppen finden hier eine Plattform für alternative Projekte - für die

an der Uni angeblich
 kein Platz sein
 soll.



Risikokapital